

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

161 (13.7.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-433891](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-433891)

34. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Zustellung 5,50 Mark, bei Abholen von der Expedition 5,00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 14,10 Mark, monatlich 4,70 Mark auswärts. Belegpreis.

Republik

Preis 25 Pf.

Bei den Inseraten wird die durchschnittliche Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Klippungen-Wahlkreisen und Langzeilen, sowie der Fülltext mit 1,00 Mark berechnet, bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamazeile 4.- Mk. Platzverträge ausdrücklich. Gebühre-Inserate vorher erheben

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Dienstag, 13. Juli 1920 * Nr. 161

Redaktion: Peterstraße 74, Fernsprecher Nr. 1865

Glänzende Abstimmungsergebnisse.

Eine Warnung an die Unabhängigen.

Edward Bernstein überdenkt dem Vorwärts den folgenden Brief Dr. Gering's und schreibt dazu: Dr. Richard Gering, Verfasser der Schrift 'Voraus' und Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, hat Mitte Juni an eines der geistig bedeutendsten Mitglieder dieser Partei ein Schreiben gerichtet, das an der Spitze Arthur Gering's an Hermann Müller angehängten Briefes steht. Der Brief war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern sollte nur dem Empfänger im engeren Kreis der führenden Parteimitglieder zur Besprechung gebracht werden. Da aber die 'Volkszeitung' gegen die sich richtend im engeren Kreis der Partei der Unabhängigen fortgesetzt wird, hat Gering dem Empfänger geschrieben, er sollte es nunmehr für seine Pflicht, öffentlich und ungeschönt auf die Folgen dieser 'Volkszeitung' in Deutschlands Beziehungen zum Ausland hinzuweisen, und mit einer Abschrift des Briefes zur Verfügung stellen.

In der alten Sozialdemokratie Deutschlands hat man Richard Gering die Veröffentlichung der Schrift 'Voraus' verhältnismäßig sehr wohl bemerkt. Man meinte, daß er mit ihr über das Ziel hinausgeschossen, zugleich mit der letzten Ausgabe auch Deutschland selbst getroffen habe. Tatsächlich war der Zweck, den Gering bei Abfassung seiner Schrift im Auge hatte, ein himmelstreichendes. Ein radikaler Demokrat und tätiger Anhänger der Friedensbewegung, wollte er durch das Buch möglichst vielen Deutschen die Augen über das an ihnen Lebende zu öffnen und dadurch die Bewegung für eine 'Volkszeitung' zu gewinnen. Er meinte, daß man über es gekommen sei, man über es jetzt durch mancher Entschlossenheit und Logik der Unabhängigen getrieben, seinen Augenblick anhebt, seine Gesinnung vor einer 'Volkszeitung' zu warnen, die nach seiner Überzeugung der Republik, dem Sozialismus und der Partei nur zum Schaden gereichen kann.

(Lübeck, den 17. Juni 1920.)

Richard Gering's

Aber ich bin und um den großen Mäherfolge meine Gedanken nicht zu ändern, ich werde in meiner Eigenschaft als Mitglied - im Interesse unserer Sache einige Bemerkungen erlauben, die zwar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, von denen Sie aber in Parteitreffen gelegentlich Gebrauch machen können.

Wenn ich mir auch wohl bewußt bin, daß man mir mangelnde Kenntnis der dortigen inneren Vorgänge vorwerfen kann und wird - ich aber nicht anders als die Abwesenheit haben immer unerschrocken - so glaube ich andererseits doch, daß unter einem, der im Ausland lebt, manche Dinge in objektiverer Sicht erscheinen, als denjenigen, die mitten im täglichen lokalen Kampfe stehen. Ich erinnere mich eines Wortes von Friedrich Engels - in einem Briefe an Oebel vom November 1870 - in dem es eine folgendermaßen heißt:

„Unsere Kritik ist gewiß für manche nicht angenehm, aber mehr als alle unfruchtlichen Kompromisse muß es doch für die Partei von Vorteil sein, wenn sie im Ausland ein paar Leute hat, die unvoreingenommen von dem weitestgehenden Selbstverleugern und Einzelheiten des Kampfes von Zeit zu Zeit - über den Einbruch überbringen, den die Kautzer außerhalb Deutschlands macht.“

Ich muß offen bekennen, daß die augenblickliche Haltung der U. S. P. und sozialistischen Parteigenossen hier im Ausland unverständlich, ja geradezu rätselhaft erscheint, und daß die Entschlossenheit in mahenden Kreisen internationaler Arbeiter, die von dem Ausbruch der U. S. P. eine Verwirklichung der deutschen Republik erwarten, angesichts des heutigen Standes eine noch größere ist als unter den deutschen Sozialisten und Republikanern. Wenn infolge der Bewegung der U. S. P. in eine sozialistische Bewegung mit der U. S. P. und sozialistisch-republikanischen Einflüssen, vielleicht auch sozialistischen Einflüssen aus dem Zentrum, eingetreten, eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt, die gesungenermaßen wohl noch reiches Ansehen finden mag - wenn dadurch alle Errungenschaften der Revolution, vor allem die Republik selbst gefährdet, die Herrschaft in Deutschland in Form eines doppelten Regimes, das ein Reichstag und ein Parlament enthält, der wirtschaftliche Aufstieg auf unabweisbare Weise gehemmt wird - so wird wohl jeder dem neuen Deutschland wohlgesinnte Arbeiter oder Arbeiterin - die Schuld an solchen neuen Regimeverhältnissen ausschließlich der jählich verfehlten Politik der U. S. P. aufrechnen.

Ich habe Ihnen häufig eine Nummer des hiesigen 'Rudo Biennale', des gelehrten Florentiner 'Rudo', zugelesen, mit einem viele Spalten umfassenden Artikel, das ein Bild der Welt über die Lage in Deutschland mit mir abwechseln hat. Öffentlich haben Sie das Wort erhalten. Sie mögen daraus erfahren - wie auch sonst aus der sonstigen italienischen Presse - daß man hierzulande von einem Zusammenstoß der beiden sozialdemokratischen Parteien an einer gemeinsamen Regierung - nötigenfalls unter Voraussetzung einer sozialistischen Elemente aus dem bürgerlichen Lager - allein das Ziel in Deutschland erwartet.

Wahrscheinlich ist der Schweizer Sozialdemokratie, die doch zur Dritten Internationalen gehört, wird diese Ansicht vielfach geteilt. In der augenblicklichen Lage Deutschlands - darin stimmen Schweizer und italienische Sozialisten überein - kann man unmöglich alle sozialistischen Programmpunkte auf einmal und bis zum letzten durchführen. Da heißt es: zunächst einmal die Republik herbeiführen, sie nach innen und außen festigen und die Sozialisierung nur insoweit durchzuführen, als dies nach dem Fortschreiten der wirtschaftlichen und außenpolitischen Situation ausreicht möglich ist. Ich meine daher, daß selbst die Schweizer Genossen so denken, überdies ist Ihnen per Kreuzband einen von mir im 'Rudo' veröffentlichten am 12. März ver-

Hue und Stimme sprechen.

Unter einem günstigeren Feld als die Militärfrage scheint in der Sache die Rentenfrage zu stehen. Wenigstens soweit sich die Situation bis zur Stunde beurteilen läßt. Nach Eröffnung der Militärfrage wandte sich auf der Konferenz, alles Interesse der Rentenfrage zu. In dieser ergriffen die deutschen Sozialdemokraten Hue und Stimme des Wortes. Geringer wird, hat die Rede über einen guten Einbruch gemacht. Die U. S. P. am Sonntag war 'aufmerksam', der Ton der Rede ein 'guter'. Die Sitzung wurde auf Sonntag nachmittags vertagt.

In dieser legte die deutsche Delegation eine Erklärung an dem Rohlenwirtschaftsplan der Entente vor, den wir in unserer letzten Nummer veröffentlichten. Es heißt darin: Unter der Voraussetzung, daß die Rentenfrage als Durchschnit erhalten bleibt, bieten wir die monatliche Rente von 44.000 T. zur bevorrechteten Vorkauf an Frankreich an. Der deutschen Industrie, der Landwirtschaft und dem Bauhandwerk verbleiben dann nur noch 55 Prozent der Förderung von 1913.

Weber die Rede über die Sonderbedürfnisse der Soldaten: Das Gerücht des Tages war die Rede des Generals Gure. Gure hatte in seiner Rede die Selbstverleugung der Konferenzteilnehmer erregt. Seine Ausführungen stifteten in der Konferenz, daß durch Zwang nichts erreicht werde, sondern daß dadurch die Selbstverleugung nur gefördert sein würde. Selbst wenn Sinnes die laute Wahrheit aufgedeckt haben sollte, war doch der Ton nicht sonderlich. Er sprach vom Siegestraume, von der Herabsetzung der schwarzen Truppen und von der Herabsetzung der schwarzen Truppen und von der Herabsetzung der schwarzen Truppen. Der Einbruch dieser Rede war sehr unangenehm, wie ich in den Kreisen der anwesenden deutschen Delegation nicht unterschätze, daß in Sinnes, was Dr. Simons ausdrücklich hervorgehoben hatte, nicht im Namen der Reichsregierung sprach, sondern auf eigene Verantwortung.

Sobann sprach Gure auch im Namen der Unabhängigen Arbeiter und der christlichen Gewerkschaftsvertreter. Gure sprach im Namen der gesamten Bergarbeiter. Seine Rede war die eigentliche Senkung der Konferenz. Zum erstenmal sprach ein Arbeiter in den Herren der Welt, welche glauben, ohne die Arbeiterkraft oder gar gegen sie über die Menschheit verfügen zu können. Seine Rede war ein Redner des deutschen, aber man kann auch sagen: der internationalen Arbeiterkraft. Die Kapitalisten und imperialistischen Machthaber werden. Dabei verhielt es sich, daß die Arbeiter, haben auch unsere grünen Ziele: unsere gewerkschaftliche Internationalen der deutschen, englischen und französischen Arbeiter, die den Selbstverleugern verlangen. Gure's Beschlüsse richteten sich nach den unteren, nicht umgekehrt.

Die Radikalisierung zeigte einen überausenden und wesentlichen Unterschied in der Stimmung der Entente und ihrer Vertreter, der nicht unmerklich in der Stimmung der französischen Arbeiter, haben auch unsere grünen Ziele: unsere gewerkschaftliche Internationalen der deutschen, englischen und französischen Arbeiter, die den Selbstverleugern verlangen. Gure's Beschlüsse richteten sich nach den unteren, nicht umgekehrt.

Während der Tagung ging Lloyd George auf Gure zu und es entstand ein folgendes Gespräch: Lloyd George: Sie öffentlichen Artikel unter dem Titel: Eine Regierung der republikanischen Verfassung. Die befragte republikanische Welt ändert nicht an der Tatsache, daß selbst ein so radikal gefärbtes Blatt wie das 'Rudo' eine Verfassung als bedeutsam veröffentlicht hat. Ich habe in dem Artikel, der unmittelbar nach dem Stopp-Punkt erschien und nur die dringenden Einigungspunkte zur Verteidigung der Republik enthalten sollte, absichtlich die Sozialisierungsfrage ganz beiseite gelassen. Denn, noch das für uns wichtigste Wahlrecht, möchte dieser Punkt selbstverständlich in das Einigungsprogramm aufgenommen werden. Ich bin überzeugt, daß sich, etwa auf dem Boden der Schrift von Wilson's Worten, auch hier eine Einigung zwischen den Parteien, die die republikanische Regierung übernehmen sollten, leicht finden läßt.

Ganz besonders möchte ich noch darauf aufmerksam machen, welche Vorteile auf diplomatischem Gebiete eine Beteiligung der U. S. P. an der Regierung mit sich bringen würde. Mit einem Schlagschlag - das möchte ausdrücklich als Bedingung der Regierungsteilnahme gestellt werden - würden die allen monarchistischen Elementen aus dem Kaiserlichen Lager und dem Reichsamt ausgegliedert und das neue Deutschland auch durch neue Männer im Ausland vertreten werden. Welche ungeheuren Vorteile politischer und wirtschaftlicher Art für Deutschland aus solcher Personenwechsel erwachsen würden, kann man der Beurteilung, die - wie meine Beschlüsse - Geringer selbst hat, in dem mit unaufrichtigem Wohlwollen der verlassenen Ministeriums in Schwankungen zu lesen. Es war dies gerade an der Zeit, als der von der deutschen Regierung vorgeschlagene Bescheid E. von der italienischen Regierung als unannehmlich abgelehnt wurde. Durch die Einigungsbereitschaft an den auswärtigen Dienst und die aktive Beteiligung daran würde die U. S. P. - abgesehen von allen anderen gezielten Gründen ihrer Teilnahme an der Regierung

haben eine gute Rede gehalten; Sie haben auf mich einen sehr guten Eindruck gemacht.

Gure: Ich danke Ihnen, hoffentlich wird sie auch gut wirken. Im weiteren Gespräch fragte Lloyd George Gure, ob er den englischen Arbeiterführer Herr Hardt kennen und von seiner Erfahrung erzählt habe, was Gure bejahte. Gure erinnerte Lloyd George auch daran, daß er 1911 mit ihm selber sowie Herr Hardt usw. nachher im englischen Parlament zusammengetroffen sei, worauf Lloyd George Gure wiedererinnerte. Darauf verabschiedete er sich mit einem kräftigen Nicken.

Nach der Sitzung äußerte sich Staatsminister Dr. Simons sehr befriedigt über den eingetretenen Umschwung, der in der Rede Miller's als deutlich zu erkennen war. Er wünschte, die Rede Miller's würde ein glückliches Ende finden. Die Rede Miller's machte den Eindruck, daß Aussicht auf eine Verhängnisvollung bestünde.

Die Abstimmungen in Altpreußen.

Die gestern in den altpreussischen Provinzen stattgefundenen Abstimmungen scheitern zu einem gewissen Grade für das Reichstum geführt zu haben. Als vorläufiges Resultat wird heute gemeldet, daß in Westpreußen insgesamt 99.316 Stimmen abgegeben wurden, davon 91.631 für Deutschland und 7682 für Polen. Demnach stimmten für Deutschland 92 Prozent der Abstimmungsberechtigten.

In Ostpreußen wurden 331.063 Stimmen abgegeben. Davon für Deutschland 333.655, für Polen 7498 Stimmen. Hier stimmten also für die Reichsbürgerschaft in Deutschland 97 Prozent.

Die Wollf nun meldet, herrsche gestern in Altpreußen große Begeisterung und vor der Wahl die Überzeugung, daß die einen überwältigenden Sieg des Reichstums bringen werde. Es waren alle Vorkehrungen gegen etwaige Störungen durch die Polen getroffen worden.

Erkaiserin Eugenie †.

Nach einer heutigen Veröffentlichung ist die Kaiserin Eugenie von Frankreich in Spanien gestorben. Eugenie war die Frau Napoleons des Dritten. Sie ist 94 Jahre alt geworden. In ihrer Erinnerung verlor sie ein unbeschriebenes Bild. Sie lebte in der Erinnerung verlor sie ein unbeschriebenes Bild.

Die Bolschewisten siegen weiter.

Aus Moskau wird gemeldet: Nach der eingegangenen Nachrichten sind die bolschewistischen Truppen fähig von Leningrad bis zur litauischen Front vorzudringen und haben die Verbindung zwischen der litauischen und der polnischen Front durchbrochen. Die litauische Regierung ist von den Bolschewisten erlöst worden, den Durchmarsch durch litauisches Gebiet nach Polen zu gestatten. Danaburg, das von den letzten Truppen auf Anforderung der Polen besetzt worden war, wurde von den Letzen geräumt und von den Bolschewisten besetzt.

Alarm in China.

Wie aus London gemeldet wird, befindet sich China in einer ersten politischen Krise. Die politische Entwidlung der einzelnen Parteien läßt einen Staatsstreich gegen die gegenwärtige Regierung nicht ausgeschlossen erscheinen. Die Regierung verfährt die Truppenmacht.

— der deutschen Republik Vertrauen im Ausland und damit unabweisbare Vorteile verschaffen.

Ich werde mich - im Interesse unserer guten Sache - gerade an Sie, meine Genossen, weil ich glaube und hoffe, daß Sie gewillt und in der Lage sein werden, einen maßgebenden Einfluß auf die Heilspore in unserer Partei auszuüben, die durch den Wohlstand übermäßig gemacht, die Wirtschaft, Alles oder Nichts' ausgehen, kommt sie nur das 'Rudo' herbeiführen und jeden realpolitischen Boden unter den Füßen verlieren. Es wäre ein Jammer und ein unerschütterlicher Fehler, wenn dieser doppelte Grundbesitz in der Hand der Arbeiter und damit die Republik selbst, die Grundfrage jeder sozialistischen Entwicklung, gefährdet würde. G. Dr. A. Gering

Der Vorwärts bemerkt hierzu: Die Kritik, die von Hauptstadt, Ströbel, Gersch und jetzt auch von Dr. Gering an der Politik der Unabhängigen gerichtet wird, erweist sich mit jedem Tage immer mehr als berechtigt. Nachdem die Unabhängigen durch Verneinung ihrer Mitarbeit die rein bürgerliche Regierung Reichsverband notwendig gemacht haben, eröffnen sie gegen diese ein Widerstandsgewerbe von Millionenwerten und tun so, als wollten sie je eher, je lieber ihren Sturz herbeiführen. Jetzt haben sie wieder zu der Erklärung der Regierung über die Lebensmittel den Antrag gestellt, der Regierung möge beschließen, daß er viele Erleichterung nicht billige. Die Annahme dieses Antrages würde für die Regierung die Notwendigkeit bedeuten, sofort zurückzutreten.

Die Unabhängigen verlassen sich darauf, daß ihr Spiel ohne Folgen bleiben wird. Doch ist überdies nicht sicher. Es kann eines Tages so kommen, daß die sozialdemokratische Partei an solchen Stellen die Notwendigkeit mit dem der Unabhängigen bemerkt und doch dadurch verleiht auch der Sturz der Regierung herbeiführt wird. Bevor dies geschieht, muß die Frage gelöst sein, was nach dem Sturz der Regierung geschehen soll. Die

